

Lars Lüdicke

## Die Personalpolitik der Minister Neurath und Ribbentrop

### Ausgangslage: Vom Reichsamt zum Reichsministerium

Jede Geschichte der Personalpolitik des Freiherrn Constantin von Neurath hat eigentlich vor seiner Berufung zum Außenminister einzusetzen, jedenfalls lässt sich sein Wollen und Wirken ab Juni 1932 nicht erklären, wenn es losgelöst von jener Vorvergangenheit zu analysieren versucht wird, in der er bereits Akteur und Repräsentant einer wechselvollen Geschichte von Personalpolitik gewesen ist. Den ersten hoheitlichen Vorstoß in die Personalpolitik hatte Neurath in den Jahren 1920/21 unternommen, in denen er von seinem Kopenhagener Gesandtenposten, auf dem er seit Februar 1919 tätig war, zur kommissarischen Beschäftigung in die Zentrale zurückgerufen wurde. Den Hintergrund der Einberufung bildete ein Umstrukturierungs- und Modernisierungsprogramm, das unter dem Namen seines maßgeblichen Schöpfers als Schüler'sche Reform in die Geschichte einging. Neurath wurde mit einer Reorganisation der Reform betraut und umschrieb rückblickend seine Aufgabe mit den Worten, er habe „das Auswärtige Amt von unliebsamen Neulingen ohne geeignete Vorbildung, darunter diverse Juden[,] zu reinigen“<sup>1</sup> gehabt.

In wenigen Worten und einigen Auslassungen hatte Neurath angedeutet, unter welchen Vorzeichen jene Personalpolitik stand, die seine Person verbürgte. Unbenannt – und unberührt – blieb zunächst einmal der Kern der strukturellen Reform, der weitgehende Akzeptanz fand; explizit erwähnt wissen wollte Neurath hingegen die Personalien, die mit der Schüler'schen Reform zusammenhingen. Im Ganzen gab es unter den 161 leitenden Beamten in der Weimarer Republik etwa 20 Seiteneinsteiger, womit die „Außen-seiter“ einen Anteil von einem Achtel stellten<sup>2</sup>. Die übergroße Mehrheit von ihnen wechselte auf besonders wichtige, nicht selten auf sensible Auslandsposten. Sie verfügten allesamt über einen höheren Bildungsgrad, weithin sogar über ein mit Promotion abgeschlossenes Studium; sie konnten allesamt auf respektable Vorleistungen in politischen oder wirtschaftlichen Bereichen vorweisen; und sie hatten – zum Teil reiche – Auslandserfahrungen vorzuweisen. Obgleich also objektiv kaum Grund für eine Kritik an den Seiteneinsteigern bestand, schien ihnen subjektiv das Ressentiment der Karrierediplomaten entgegenzuschlagen.

Wohlgemerkt: 1919 arbeitete nur noch die Hälfte der vor 1914 tätigen Beamten des höheren Dienstes im Auswärtigen Amt; bis hinunter zu den Vortragenden Räten waren alle Posten der Politischen Abteilung ausgewechselt worden, ebenso die Direktoren der übrigen Abteilungen<sup>3</sup>. Der Linie der Amtsleitung entsprechend, nach der es „ein Gebot der Stunde sei, nach außen durch neue Persönlichkeiten auch in der diplomatischen Vertretung den Wechsel im Innern des Reiches erkennbar zum Ausdruck zu bringen“, hatte die Parlamentarisierung des Reiches zu einer gewissen „Parlamentarisierung des auswärti-

<sup>1</sup> „Notizen“, in: Bundesarchiv Koblenz (BArch), Nachlass (NL) Neurath, Bd. 177.

<sup>2</sup> Vgl. Peter Krüger, Struktur, Organisation und außenpolitische Wirkungsmöglichkeiten der leitenden Beamten des Auswärtigen Dienstes 1921–1933, in: Klaus Schwabe (Hrsg.), Das Diplomatische Korps 1871–1945, Boppard am Rhein 1985, S. 101–169, hier S. 129.

<sup>3</sup> Vgl. Krüger, Struktur, S. 127.

gen Dienstes“<sup>4</sup> geführt: Vor allem die Missions- wie auch die Leitungsposten waren um- und oftmals mit Seiteneinsteigern neubesetzt worden; diese Personalmaßnahmen verursachten nun aber einen „Laufbahnstau“, der eine wachsende Unzufriedenheit „blockierter“ Karrierebeamten speiste. Eine andere Form von Blockade entstand, so paradox es klingen mag, durch die Karrierebeamten selbst: In relativ kurzer Zeit wurden relativ viele Posten frei, auf die vor allem jüngere Männer für absehbar längere Zeit aufrückten. In dieser Perspektive führte also der Aufstieg der Jüngeren zu einer gewissen Konsolidierung des Alten, über die zugespitzt – aber nicht grundfalsch – die liberal-demokratische Presse berichtete: Eine „exklusive Garde“ sei im Auswärtigen Amt „beinahe unverändert an der Macht“ geblieben; nur um „der republikanischen Form in der Heimat Rechnung zu tragen“, habe man „an die Spitze der Mission einen bürgerlichen Funktionär gestellt“. Der „übrige Apparat“ jedoch sei „völlig intakt geblieben“<sup>5</sup>.

Es war eine Intaktheit, die vor allem durch einen informellen Korpsgeist konstituiert wurde. In dem Bewusstsein verhaftet, eine Elite zu sein, pflegten die Karrierebeamten ein traditionell ohnehin ausgeprägtes Gefühl der Zusammengehörigkeit, das sich sodann als Skepsis und Ressentiment gegen alle „Outsider“<sup>6</sup> richtete: gegen die Seiteneinsteiger etwa, insbesondere gegen jene, die in ihren diplomatischen Fähigkeiten augenscheinlich limitiert und überfordert waren, oder gegen die Juden, die Neurath explizit erwähnt hatte. Auch sie galten ihm als Außenseiter, wiewohl – oder gerade weil – sie im Auswärtigen Amt unterrepräsentiert waren. In der Tat: Da die Juden die mit Abstand am höchsten qualifizierte konfessionelle Gruppe<sup>7</sup> stellten, hätten sie, „obwohl sie weniger als ein Prozent der Bevölkerung ausmachten“, einen „weit höheren Prozentsatz in den öffentlichen Ämtern aufweisen müssen, wären die Einstellungen allein nach dem Leistungsprinzip erfolgt“<sup>8</sup>. Doch dem sprichwörtlichen Grundsatz gemäß, nach dem Ausnahmen die geltende Regel bestätigen, war den Juden der Eintritt in den höheren Auswärtigen Dienst des Kaiserreiches fast gänzlich versperrt geblieben. In diesem Sinne handelte es sich bei den im Auswärtigen Dienst tätigen Beamten jüdischer Herkunft bezeichnenderweise um christlich getaufte Männer – eine Grundtatsache, die per se die Natur des in der wilhelminischen Gesellschaft „salonfähigen“ Antisemitismus offenbarte.

Nicht etwa aufkommende Rassentheorien begründeten das Ressentiment und auch nicht überkommene Vorurteile, gleichviel, ob diese unter antiliberalen, christlichen oder sonstigen Vorzeichen standen; vielmehr unterlag dem etwa von Neurath gepflegten Antisemitismus ein Grundgedanke, dem gerade erst der Anschein akademischer Weihen verliehen worden war. Heinrich von Treitschke, ein meinungsprägender Historiker seiner Zeit, hatte den Antisemitismus insofern zu rationalisieren versucht, als nach seiner Lesart die Juden eine Fremdgruppe bildeten, eine „Nation in der Nation“, die den Zusammenhalt der Nation dekonstituierte. Folglich dürften die Juden nur eine Minderheit mit entsprechend begrenztem Einfluss auf Kultur, Wissenschaft und Institutionen bilden, so

<sup>4</sup> Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau in der Kabinettsitzung vom 1. 4. 1919, in: Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Das Kabinett Scheidemann, bearbeitet von Hagen Schulze, Boppard am Rhein 1971, Dok. 32.

<sup>5</sup> „Adel und Außendienst“, in: Berliner Volkszeitung, 17. 11. 1921.

<sup>6</sup> Wedel an Neurath, 8. 7. 1918, in: BArch, NL Neurath, Bd. 97.

<sup>7</sup> Vgl. Peter G. J. Pulzer, Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867–1914, Göttingen 2004, S. 77.

<sup>8</sup> John C. G. Röhl, Kaiser, Hof und Staat. Wilhelm II. und die deutsche Politik, München 2002, S. 150.

Treitschke. Im System dieses Rationalisierungsversuches lag es begründet, dass ein kulturell eigenständiges Judentum – ebenso wie der ultramontane Katholizismus und die internationale Sozialdemokratie – auf Vorbehalte der auf nationale Geschlossenheit bedachten Diplomaten stieß. Noch im Nürnberger Prozess, in dem das Ausmaß des Menschheitsverbrechens erstmals zu dokumentieren versucht wurde, gab Neurath zu Protokoll, was diese Geisteshaltung ebenso bezeugte wie seine Geistesbegabung: Er, so Neurath, sei „niemals Antisemit gewesen“, habe aber „eine Zurückdrängung des übermäßigen Einflusses [der Juden] auf allen Gebieten des öffentlichen und kulturellen Lebens, wie er sich nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland entwickelt hatte“, als „erwünscht“<sup>9</sup> betrachtet.

Männer wie Neurath, die bereits im Kaiserreich in den Auswärtigen Dienst eingetreten waren, hielten auch nach dem Übergang vom Kaiserreich zur Republik strategisch wichtige Positionen besetzt, gerade weil die nach dem Krieg so wichtige Außenpolitik nicht ohne ein qualifiziertes, polyglottes und routiniert arbeitendes Personal auskommen konnte. Bereits in einer solchen funktionalen Erwägungsperspektive schien also keine Alternative zu einer Übernahme von Teilen des alten Apparats zu bestehen; die Frage war aber doch, in welchem Ausmaß es eine personelle Kontinuität geben musste. Wohl gemerkt: Wenngleich das hohe Maß an sozialer und korporativer nicht automatisch mit ideologischer Homogenität gleichgesetzt werden kann, existierte eben doch auch eine Gruppierung betont national gesinnter Diplomaten, für die Neurath nachgerade exemplarisch stand.

## Die Homogenität der Spitzendiplomatie

Wohl mit keinem seiner Diplomaten hatte Außenminister Gustav Stresemann größere Konflikte auszutragen als mit Neurath, der am Verfassungstag der Republik demonstrativ im Urlaub weilte, aber am Gründungstag des Reiches festliche Abendveranstaltungen abhielt. All das Verhalten jedoch, das mehrfach sogar den Reichstag beschäftigte, blieb letztlich ohne einschneidende Konsequenzen. Neurath nämlich, dessen Reorganisation der Schüler'schen Reform zum eigenen Karrieresprung – zur Berufung als Botschafter in Rom – beigetragen hatte, wurde protegiert, und zwar durch die höchste Autorität des Staates, den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg.

Bereits kurz nach seiner Wahl vom April 1925 hatte Hindenburg an Stresemann geschrieben, dass auch er, der Reichspräsident, gestaltenden Einfluss auf die Außenpolitik zu nehmen gedenke – sowohl hinsichtlich des Kurses als auch der Personalien. Gestützt auf eine extensive Auslegung der einschlägigen Verfassungsartikel, beanspruchte Hindenburg, was die Formel vom „Ersatzkaisertum“ durchaus Wirklichkeit werden ließ: die Entscheidungskompetenz über Beförderungen oder Versetzungen von Diplomaten, schließlich sogar das Vorschlagsrecht; ferner die Verantwortlichkeit, die ins Ausland abreisenden Reichsvertreter zu instruieren; und nicht zuletzt das Recht der Immediatberichterstattung.

Es war das traditionelle Verständnis vom Diplomaten als Vertreter des Monarchen im Ausland, das sich im Amtsverständnis Hindenburgs erhalten hatte – und das Stresemanns Spielräume empfindlich einengte. Der versuchte, bezeichnend für die Zwangslage, auf Zeit zu spielen, also Umbesetzungen hinauszuschieben, um alsdann, unterstützt durch die

<sup>9</sup> Aussage von Neurath, 22. 6. 1946, Vormittagssitzung, in: Trial of the Major War Criminals before the International Military Tribunal (IMT), Nürnberg 1947, S. 596.

Schubkraft des erhofften außenpolitischen Erfolges, zuverlässige Mitarbeiter auf Schlüsselposten schicken zu können. Ein größeres Revirement nämlich, darüber war sich Stresemann im Klaren, hätte er nicht anders als im „nationalen“ Sinne ausgestalten können, zumal Hindenburgs Wünsche sogar schriftlich vorlagen. So war der aus Ostpreußen stammende Gutsbesitzersohn Rudolf Nadolny, der im Auswärtigen Dienst als glühender Verfechter der Rapallo-Linie galt, für den Posten in Moskau auserkoren worden; Neurath wiederum sollte von Rom, von wo aus er sich bereits 1923 einen Mussolini für Deutschland gewünscht hatte<sup>10</sup>, auf den wichtigsten Missionsposten wechseln, den in London. Dass Hindenburg sogar noch andere Pläne hegte, galt als offenes Geheimnis: In der Tat war im politischen Berlin längst bekannt, dass Neurath als Nachfolger des kranken Stresemann in Aussicht genommen worden war, weil politische Übereinstimmungen und private Sympathien ein regelrechtes Vertrauensverhältnis begründet hatten. So limitiert sich auch Neuraths diplomatische Fähigkeiten ausnahmen, so stark stieg er gerade deshalb in Hindenburgs Gunst, weil er weit stärker als andere Diplomaten eine unilaterale Pressionspolitik wie auch die militärische Variante deutscher Revisions- und Großmachtpolitik verfocht.

Wohlgemerkt: Mit seiner militärischen Karriere, die vom „Einjährig-Freiwilligen“-Wehrdienst in die Karriere als Reserve-Offizier geführt hatte, spiegelte Neuraths Lebenslauf im Grunde nur den mustergültigen Werdegang wider. Nahezu ausnahmslos nämlich blickten die im Kaiserreich in den Auswärtigen Dienst getretenen Beamten über eine Karriere im Militär zurück, weil faktisch, nicht offiziell, dem Nachweis des Reserveoffizier-Patents eine ganz maßgebliche, ja mitentscheidende Bedeutung beim Eintritt in den Auswärtigen Dienst zukam. Doch auch wenn die militärische Ausbildung als informelles Rekrutierungskriterium wirkte – militärische Lebensideale, Denkmuster und Verhaltensweisen wurden in ganz unterschiedlicher Tiefenprägung tradiert. So tat sich der einstige Reserveleutnant Ulrich von Hassell, obgleich er Schwiegersohn des Flottenplaners Alfred von Tirpitz war, als entschiedener Verfechter der ökonomischen Variante von Revisions- und Großmachtspolitik hervor. Auch Bernhard von Bülow, der nachgerade als „Personifizierung revisionistischer Politik“<sup>11</sup> zu gelten hat, verfocht die Idee einer wirtschaftlichen Einigung europäischer Gebiete unter – direkter oder informeller – deutscher Herrschaft. Mit Leopold von Hoesch, dem „brillantesten deutschen Diplomaten der Zwischenkriegszeit“<sup>12</sup>, vertrat ein Spitzendiplomat sogar die multinationale Verständigungspolitik – trotz seiner Korpsvergangenheit und des Reserveoffizier-Patents. Kurzum: So offenkundig sich die biographischen Parallelen darstellten, so deutlich wurden eben doch die politischen Unterschiede.

Es ist diese komplexe Wirklichkeit, die sich nur bedingt auf das einfache Maß einer Homogenität reduzieren lässt. Zutreffend ist, dass drei Viertel der zum Jahreswechsel 1932/33 im Auswärtigen Dienst tätigen Spitzendiplomaten<sup>13</sup> bereits in das kaiserliche Auswärtige Amt eingetreten und in der Weimarer Republik in die oberste Ebene des Auswärtigen Dienstes aufgestiegen waren. Richtig ist ebenso, dass ihre soziale Herkunft wie

<sup>10</sup> Neurath an Mathilde von Neurath (Mutter), 25. 11. 1923, in: Hauptstaatsarchiv Stuttgart (HStAS), Q 3/11, Bü. 385.

<sup>11</sup> Hermann Graml, *Zwischen Stresemann und Hitler. Die Außenpolitik der Präsidialkabinette Brüning, Papen und Schleicher*, München 2001, S. 224.

<sup>12</sup> Vgl. Krüger, *Struktur*, S. 129.

<sup>13</sup> Planstellenbeamte im Rang eines Gesandten I. Klasse aufwärts inklusive Minister (kein Beamter).

auch ihre zumeist juristisch-korpsstudentisch-militärisch geprägte Biographie ein hohes Maß an Übereinstimmungen aufwies. Abwegig allerdings ist, die biographischen Schnittmengen mit politischer Konformität gleichzusetzen, denn trotz aller kollektiv typischen Merkmale bestanden sehr wohl individuell unterschiedliche Dispositionen, die wohl auf keinem Feld so deutlich hervortraten wie in der Einstellung zum Nationalsozialismus. So gab es Opportunismus unter den Spitzendiplomaten wie auch Attentismus, Distanzierung wie auch Zustimmung, und folglich offenbart sich in der Tatsache, dass die Spitzendiplomaten zum weit überwiegenden Teil auch im „Dritten Reich“ ihre Karrieren fortsetzten, nicht etwa eine pro-nationalsozialistische Gesinnung, sondern zweierlei: die relative Anpassungsfähigkeit der Diplomaten sowie die ungebrochene Stetigkeit einer sich auch in den nationalsozialistischen Staat fortsetzenden Personalentwicklung.

In diesem Sinne hatten bereits die nach Stresemanns Tod vorgenommenen Personalveränderungen insofern im Zeichen einer Kontinuität gestanden, als die nationalere Profilierung bereits zur Mitte der 1920er-Jahre eingeleitet worden war – und zwar mit und von dem Personal der „Wilhelmstraße“. Im Rahmen des Revirements von 1930 avancierte Hassell, im System der Mitteleuropaplanungen nur konsequent, zum Gesandten in Belgrad, wo er dem kurz zuvor verstorbenen Sozialdemokraten Adolf Köster nachfolgte, einem „Außenseiter“, der in den Jahren von 1920 bis 1922 kurzzeitig Außen- und Innenminister gewesen und sodann in den Auswärtigen Dienst übernommen worden war. Bülow, der zuvor die Westeuropa-Abteilung geleitet hatte, rückte zum Staatssekretär des Auswärtigen Amtes auf, ersetzte also Carl von Schubert, der mit dem Botschafterposten in Rom abgefunden wurde. Gerade in diesem Personalwechsel verriet sich jene „nationale“ Tendenz, die dem Gesamtrevirement zugrunde lag: Der Stresemann-Vertraute Schubert, der in den demokratischen Westen hatte ausweichen wollen, wurde in den faschistischen Süden geschickt, wo er absehbar scheitern musste; der Hindenburg-Protégé Neurath, der sich Mussolinis Vertrauen erworben hatte, wechselte auf den wichtigeren Posten nach London und löste hier den fast 75-jährigen Friedrich Sthamer ab, weil Hindenburg statt des durchaus erfolgreichen, aber amtsmüden Schüler'schen „Außenseiters“ „einen vornehmen Mann“ in England haben wollte, „der den Engländern imponiere u[nd] sich von ihnen nicht imponieren lasse“<sup>14</sup>.

Auf Hindenburgs Wunsch ging sodann auch der Wechsel Neuraths an die Spitze des Berliner Außenministeriums im Juni 1932 zurück. Nur zwei Jahre nach dem Revirement von 1930 wurden somit erneut Veränderungen fällig. Hassell, Neuraths Korpsbruder, rückte vom Gesandten zum Botschafter auf und ersetzte Schubert, der, nicht einmal 50-jährig, in den Ruhestand eintreten musste. Hoesch, der seit 1924 – und mit großem Erfolg – als Botschafter in Paris wirkte, wechselte nach London; ihn ersetzte Roland Köster, der zuvor als Abteilungsleiter in der Berliner Zentrale gearbeitet hatte. Im Ganzen hielten sich die Personalveränderungen vom Sommer 1932 also im überschaubaren Rahmen; auch die Stoßrichtung einer „nationalen Konzentration“, unter deren Vorzeichen das Kabinett Papen gebildet worden war, spiegelte die Rochade in der „Wilhelmstraße“ nur bedingt wider. Doch so wie die improvisierte Regierung nur transitorischen Charakter haben sollte, so galt auch im Auswärtigen Amt die personelle Neuordnung als längst noch nicht abgeschlossen. Die Berufung des Kabinetts Hitler und der anschließende Prozess der nationalsozialistischen Machteroberung veränderte die Sachlage jedoch nachhaltig.

<sup>14</sup> Gedenkblätter aus unserem Leben 1923–1933, in: HStAS, Q 3/11, BÜ. 459.

## Kontinuitäten und Brüche: Der Weg in die Diktatur

Noch über jeden Regierungswechsel hinweg hatte das Auswärtige Amt reibungslos funktioniert, weil es ein hohes Maß an personeller Kontinuität gab – und das galt auch über den 30. Januar 1933 hinweg. In der Tat führte die Errichtung der Diktatur zu keinem strukturellen oder personellen Bruch mit der Vorvergangenheit des Auswärtigen Amts. Ebenso wenig wie es eine Infiltration durch nationalsozialistische Seiteneinsteiger gab, hat die Berufung des Kabinetts Hitler eine Rücktrittswelle der etablierten Diplomaten ausgelöst – lediglich der deutsche Botschafter in Washington, Friedrich Wilhelm von Prittwitz und Gaffron, quittierte aus der Gruppe der Spitzendiplomaten seinen Dienst. Dass Neurath keinerlei Versuche unternahm, den Spitzendiplomaten Prittwitz im Dienst zu halten, lag in der Logik seiner Berufung. 1932 hatte ihn Hindenburg zum Antritt des Ministeramts regelrecht genötigt, 1933 war sodann die Berufung des Hitler-Kabinetts auch an seine Übernahme geknüpft worden, und in beiden Fällen war die Intention des Reichspräsidenten dieselbe gewesen: Neurath würde die in seiner Person verbürgte Außenpolitik ins Werk setzen. Und Neurath tat, einmal im Amt, was von ihm zu erwarten stand – er forcierte die betont nationalprofiliertere Personalpolitik, der ein Abschiedsgesuch wie das von Prittwitz durchaus entgegenkam. Mit ihm nämlich verließ ein Spitzendiplomat den Auswärtigen Dienst, der mehrere Jahre der Stellvertreter Neuraths in Rom gewesen war – und der sich bereits in dieser Zeit durch eine demokratische, republikbejahende Grundeinstellung ausgezeichnet hatte.

Unter demselben Vorzeichen vollzogen sich auch andere Personalwechsel des Jahres 1933: Auf dem Gesandtenposten in Mexiko wurde Walter Zechlin durch den Freiherrn Heinrich Rüdiger von Collenberg ersetzt. Zechlin, SPD-Mitglied und langjähriger Pressechef der Reichsregierung, war erst im Vorjahr, nach dem Antritt des Papen-Kabinetts, mit der Entsendung nach Amerika abgefunden worden – nun wurde er zur Disposition gestellt und durch Neuraths Korpsbruder Collenberg ersetzt, dessen Nähe zum Nationalsozialismus längst auch in der NSDAP bekannt war. Dieselbe Grundhaltung zeigte auch Hans Georg von Mackensen, Neuraths Schwiegersohn, der nunmehr zum Gesandten aufstieg und in den Revisionsstaat Ungarn entsandt wurde. Auf den strategisch wichtigen Posten in der Schweiz rückte Ernst von Weizsäcker, der seine Karriere wohl maßgeblich der Protektion Bülow's verdankte. Darüber hinaus wurde auch in dieser Personalentscheidung jene Tendenz deutlich, die über den 30. Januar 1933 hinweg prägend war: Indem Adolf Müller durch Weizsäcker, also der letzte Schüler'sche „Außensteiger“, überdies der letzte sozialdemokratische Spitzendiplomat, durch einen nationalkonservativen Aufsteiger ersetzt wurde, kam gewissermaßen eine personalgeschichtliche Etappe zum Abschluss, die Mitte der 1920er-Jahre begonnen hatte und die nun, wechselweise überlappend, in eine neue einmündete.

Die fundamental neuartige Qualität dieser Etappe deutete sich an, als Weizsäcker im Frühjahr 1933 die Leitung der Personalabteilung vertretungsweise übertragen wurde. In dieser Funktion zeichnete er mitverantwortlich für die Umsetzung des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“, das am 7. April 1933 in Kraft trat. „Zur Wiederherstellung“ eines „nationalen Berufsbeamtentums“, so die Bestimmung des von Neurath mitbeschlossenen Gesetzes, konnten Beamte auch dann aus dem Amt entlassen werden, wenn die nach bisher geltendem Recht erforderlichen Voraussetzungen eigentlich nicht vorlagen. Konkret betroffen waren drei Gruppen: erstens die sogenannten Parteibuch-Beamten, d. h. jene nach 1918 in den Dienst eingetretenen Seiteneinsteiger, die ursprüng-

lich nicht die Laufbahnvoraussetzungen erfüllt hatten; zweitens jene Beamte, „die nicht arischer Abstammung“ waren, sofern sie nicht unter jene Ausnahmeregelung fielen, die Hindenburg für Frontkämpfer, Väter oder Söhne von Kriegsgefallenen oder Vorkriegsbeamte in das Gesetz hatte schreiben lassen; und drittens jene „Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür“ boten, dass „sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat“<sup>15</sup> eintraten. Während die für die dritte Gruppe geltende Kann-Bestimmung einen gewissen Ermessensspielraum ließ, erlaubte die für die beiden ersten Gruppen gültige Muss-Bestimmung keine Ausnahme.

Im Auswärtigen Amt aber wurde das Gesetz vor allem deshalb akzeptiert und umgesetzt, weil es die Gelegenheit zur Entlassung politisch missliebiger Beamter bot – wie etwa im Fall von Prittwitz oder von Nadolny, der erst Ende August 1933 den angestrebten Botschafterposten in Moskau erhalten, aber bereits im Juni 1934 – im Zusammenhang mit der antisowjetischen Ausrichtung der deutschen Außenpolitik – zur Disposition gestellt wurde. Zumal die als vaterländisch gesinnt geltenden jüdischen Beamten von der „Frontkämpferklausel“ geschützt schienen und da nur relativ wenige Juden im Auswärtigen Dienst beschäftigt waren, beugte sich eine loyalitätseifrige, keineswegs ressentimentfreie Beamenschaft einem formalrechtlich zwar legalen, moralisch aber doch zutiefst illegitimen Gesetz, das weit mehr als nur auf die Gleichschaltung des öffentlichen Dienstes abzielte: Das „Berufsbeamtentumgesetz“ nämlich legitimierte nicht einfach nur die Diskriminierung und Entrechtung der Juden in Deutschland; vielmehr überführte das Gesetz ein rassenideologisches Axiom insofern in regierungsamtliche Politik, als die vier Tage später ergangene Durchführungsverordnung explizit auf das „rassische“ Kriterium der Abstammung und nicht allein auf die Zugehörigkeit zur jüdischen Religionsgemeinschaft abstellte.

Mit „Erfolg“, so heißt es in Weizsäckers Erinnerungen, habe er sich bemüht, „jüdische Beamte, die bleiben wollten“, im Auswärtigen Dienst zu halten. „Nur wo aktenmäßige Beweise ihrer Gegnerschaft zur NSDAP vorlagen, da war nichts zu machen.“<sup>16</sup> Neurath seinerseits verwandte sich in der Tat ebenso offensiv wie grundsätzlich für seine Beamten – auch gegenüber autoritativer Kritik. Wie Wilhelm Frick an alle Reichsbehörden schrieb, schein ihm das Berufsbeamtentumgesetz „nicht überall mit der nötigen Entschiedenheit durchgeführt“ worden zu sein; noch immer würden jedenfalls Beamte im Dienst sein, die „doch nicht so rückhaltlos auf dem Boden der nationalsozialistischen Revolution“ stünden, sodass dem „Ersatz durch im nationalsozialistischen Sinne unbedingt zuverlässige Beamte“ ein „besonderes Augenmerk“ zugewendet werden müsste. Die Antwort war typisch für Neurath: Er müsse dem Reichsinnenminister jedes „Recht bestreiten, für seine Behörde Vorschriften zu machen“; alle Personalfragen bespräche er, Neurath, direkt mit dem Reichskanzler und habe erst bei der letzten Zusammenkunft dessen „volle Zustimmung“ zu den „getroffenen Maßnahmen erhalten“<sup>17</sup>. Dass die *unmittelbaren* Auswirkungen des Gesetzes relativ begrenzt blieben, war also das Ergebnis eines Zusammenspiels dreier Faktoren: 1) der Ausnahmeregelungen des Gesetzes, 2) der Personalstruktur des Dienstes und 3) der Personalpolitik der Amtsleitung. „Nur“ circa ein Dutzend der höheren Beamten des Auswärtigen

<sup>15</sup> Reichsgesetzblatt (RGBl.) I (1933), S. 175–177.

<sup>16</sup> Ernst von Weizsäcker, Erinnerungen, hrsg. von Richard von Weizsäcker, München u. a. 1950, S. 107.

<sup>17</sup> Neurath an Waldeck und Pyrmont, 25. 7. 1933, bzw. Frick an alle Reichsbehörden, 14. 7. 1933, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA), R 60974.

tigen Dienstes, d. h. ein Anteil von weit unter fünf Prozent, wurde als direkte Folge des Gesetzes entlassen – während beispielsweise, zum Vergleich, wohl 28 Prozent der im höheren Dienst des Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern beschäftigten Beamten ihre Stellung verloren<sup>18</sup>.

Dem geringen Umfang an Beamten, die aus politisch-ideologischen Gründen entlassen wurden, entsprach ein geringer Umfang an Neu- bzw. Quereinsteigern. Für die Ebene der Spitzendiplomaten waren es zwei, die als Seiteneinsteiger ins Auswärtige Amt kamen, nämlich die ehemaligen Reichskanzler Hans Luther und Franz von Papen. Luther, der sich gegen eine Ausweitung der kreditfinanzierten Aufrüstung ausgesprochen hatte, musste sein Amt als Reichsbankpräsident aufgeben und wurde mit dem Botschafterposten in Washington entschädigt. Insofern er der Partei Stresemanns nahegestanden hatte, markierte seine Entsendung auch ein politisches Signal – wie auch die Sondermission Papens, der als „außerordentlicher Gesandter“ nach Wien geschickt wurde. Gerade den katholischen Vizekanzler in die Hauptstadt des klerikal-autoritären Alpenstaates zu entsenden, war eine demonstrative Beschwichtigungsgeste, die zur Glättung der nach dem Putschversuch der österreichischen Nationalsozialisten hochgehenden Wogen beitragen sollte; zugleich aber entledigte sich Hitler seines konservativen Stellvertreters, der ihm gewissermaßen als Personifizierung des – längst gescheiterten – Einrahmungskonzeptes galt und der in der „Marburger Rede“ als Wortführer einer konservativen Opposition in Erscheinung getreten war. De facto waren also zwei Kritiker von ihren Posten entbunden und zum Nutzen des nationalsozialistischen Staates ins Ausland geschickt worden; doch obgleich als „Außenseiter“ in den Auswärtigen Dienst gekommen, schienen sie dank ihrer politischen Erfahrung und Reputation eher die Kontinuität als die Diskontinuität in Neuraths Umstrukturierungsprogramm zu verbürgen.

Indes: Die Brüche in der Personalpolitik waren offenkundig. Nach einer Liste mit Personalveränderungen, die Hindenburg bereits genehmigt hatte, sollten in das für 1933/34 geplante Revirement nicht weniger als 23 Diplomaten einbezogen werden – und explizit, wie Bülow vermerkte, handelte es sich bei diesen Personalvorschlägen um „Entscheidungen, die sowohl unter Berücksichtigung der dienstlichen Notwendigkeiten als auch der veränderten Zeitumstände als dringlich erscheinen“<sup>19</sup>. Neurath fand sich bereit, diesen Tribut an die Zeitumstände im Interesse des Gesamtrevirements zu erbringen – und setzte seine Unterschrift unter Ernennungsurkunden, die er nicht zu unterzeichnen bevorzugt hätte.

In diesen Kontext gehört etwa die Berufung Hermann Kriebels zum Generalkonsul in Shanghai. Kriebel, ein ehemaliger Berufsoffizier, hatte zu den Teilnehmern des „Hitler-Putsches“ von 1923 gehört, war im Februar 1934 als „Verbindungsmann“ der Obersten SA-Führung zum Auswärtigen Amt abkommandiert worden und hatte dort im April 1933 die diplomatisch-konsularische Prüfung abgelegt. Mit dieser Berufung rückte Kriebel nun direkt unter die Ebene Spitzendiplomaten, von der aus er in späteren Jahren weiter Karriere machen wird. Anders lag der Fall von Josias zu Waldeck und Pyrmont, dessen Einberufung auf eine Anregung von Hermann Göring zurückging. Der „Erbprinz“ war haupt-

<sup>18</sup> Vgl. Sigrun Mühl-Benninghaus, *Das Beamtentum in der NS-Diktatur bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Zu Entstehung, Inhalt und Durchführung der einschlägigen Beamtengesetze*, Düsseldorf 1996, S. 66f.

<sup>19</sup> Personalveränderungsliste, 13. 7. 1933, bzw. Bülow an Neurath, 16. 7. 1933, in: PA AA, Personalakten Erich Michelsen, Bd. 9996.



amtlicher SS-Führer, Adjutant Himmlers – und durch keine Fähigkeiten und Fertigkeiten für seine Übernahme als Legationsrat in der Personalabteilung qualifiziert. Neurath aber hatte geglaubt, in diesem Einzelfall seine Konzessionsbereitschaft demonstrieren zu müssen, um die Professionalität und Abgeschlossenheit der Behörde insgesamt wahren zu können. Tatsächlich dauerte es nur ein gutes Jahr, bis Waldeck und Pyrmont, desillusioniert ob der eigenen Einflusslosigkeit, Mitte Juni 1934 seinen Dienst wieder quittierte. Die Gründe dieser Einflusslosigkeit waren doppelter Natur: Für den Zeitraum der Machtergreifung, also bis zur Usurpation des Reichspräsidentenamts durch Hitler im August 1934, wachte Hindenburg über seine Prärogative, und auch danach war ein Personalwechsel größeren Ausmaßes, gerade auf den qualifizierten Leitungsposten, weder möglich noch notwendig, weil nur die Karrierediplomaten über jenen Sachverstand und jene Erfahrung verfügten, die für die Produktion von Rationalität innerhalb der hochkomplexen Materie Außenpolitik notwendig waren. Bezogen auf den gesamten höheren Dienst, der 1933 knapp 450 Personen umfasste, kann von einem Schub an Außenseitern oder gar von einer Infiltration also nicht die Rede sein, da sich die Quereinsteige auf einige wenige Fälle beschränkten. Vielmehr gab es im Übergang von der Weimarer Republik ins „Dritte Reich“ ein Übergewicht an personeller Kontinuität.

Wenn also bereits bis zum Tode Hindenburgs der Anteil von NSDAP-Mitgliedern am Personal der Spitzendiplomatie deutlich anstieg, so ging diese Zunahme von Null (Januar 1933) auf etwa 10 Prozent (August 1934) auf den Beitritt der Karrierediplomaten zurück. Die Motive für einen Parteibeitritt waren ganz unterschiedlicher Art. Es gab Konformitätsdruck, Opportunismus, aber auch Überzeugungstreue; auf den der Spitzendiplomatie nachgeordneten Ebenen kam insbesondere noch der Faktor Karrierekalkül hinzu. Indes kann eine reine Parteimitgliedschaftsarithmetik nicht ersetzen, was nur eine differenzierende Einzelfallprüfung vermag, nämlich Schuld und Verantwortung herauszuarbeiten. Allein die Tatsache, dass lange Zeit das „Referat Deutschland“ von Männern ohne Parteibuch geleitet wurde, markiert ein Argument *eo ipso*.

Das im März 1933 neu- bzw. wiedererrichtete „Referat Deutschland“ war die für innenpolitische Vorgänge zuständige Arbeitseinheit im Auswärtigen Amt, in deren Zuständigkeit die Abschirmung des Konzentrationslagersystems, die Emigrantenüberwachung oder die Ausbürgerungspraxis, insbesondere auch die Zusammenarbeit mit den Innenbehörden, gehörte. Es unterstand der Leitung des „Stahlhelm-Führers“ Vicco von Bülow-Schwante, der auf Anregung von Franz Seldte, Reichsarbeitsminister und Bundesführer des paramilitärischen „Stahlhelms“, in das Auswärtige Amt einberufen worden war. Neurath, der Bülow-Schwante seit zwei Jahrzehnten kannte und um dessen nationale Zuverlässigkeit wusste, hatte keine Einwände gegen diese konzessive Personalmaßnahme erhoben – die von Bülow aus politisch-strategischen und beamtenrechtlichen Erwägungen abgelehnt worden war. Insofern dieser – auf eine nachgeordnete Ebene des höheren Dienstes erfolgende – „Quereinstieg“ einen „Sonderfall“ anzeigte, stellte sich als „Normalfall“ dar, dass alle „Vorgänge“, mit denen sich das Auswärtige Amt durch sein „Deutschlandreferat“ an der Unrechtspolitik beteiligte, von Berufsdiplomaten bearbeitet wurden.

Zu ihrem Kreis gehörten etwa die stellvertretenden Leiter des „Deutschland-Referats“ Hans Felix Röhrecke (1933–1936) und sein Nachfolger Walter Hinrichs (1936–1939) sowie die drei sogenannten Judenreferenten, die im „Dritten Reich“ im Auswärtigen Amt tätig waren, nämlich Emil Schumburg (1933–1940), Franz Rademacher (1940–1943) und Eberhard von Thadden (1943–1945). Sie alle zählten bereits zum Diplomatenpersonal der Neurath-Ära – und sie waren insofern keine Quereinsteiger, als sie als Attaché einberufen

wurden bzw. aus der Verwaltung in das Auswärtige Amt überwechselten (Rademacher). Im Ganzen also, das zeichnet sich unverkennbar in diesem Überblick ab, taugen unterkomplexe Zugänge wenig, um den Weg in die Verbrechenmitwirkung des Auswärtigen Amts zu erklären: In die „Bearbeitung“ der „Judenfrage“ waren – vom Referenten über den Referatsleiter bis hin zum Staatssekretär und Minister – nur Männer einbezogen, die weder der NSDAP noch einer ihrer Gliederungen angehörten. Erst Mitte 1936 trat Bülow-Schwante der NSDAP bei; Schumburg, seit 1936 SS-Führer, blieb sogar bis Mitte 1938 parteilos.

Wenngleich eine reine Parteimitgliedschaftsarithmetik folglich nur eine bedingte Aussagekraft beanspruchen kann, ist die Entwicklung der Parteimitgliedschaften im Auswärtigen Dienst freilich nicht ohne Bedeutung, ganz im Gegenteil. Die ansteigende Mitgliederzahl indizierte gewissermaßen den „Etablierungsgrad“ der Diktatur insofern, als Beförderungen immer abhängiger von einer durch Parteimitgliedschaft dokumentierten Linientreue wurden – bis hin zu der sodann für das Frühjahr 1939 belegbaren Kopplung, die für Beförderungen in Stellen der Besoldungsgruppe A 1 a und höher galt (d. h. ab Beförderungen zum Vortragenden Legationsrat, Gesandten, Botschaftsrat und Generalkonsul)<sup>20</sup>. In dem einen oder anderen Fall dürften also allein karrierestrategische Erwägungen den Ausschlag für den Parteieintritt gegeben haben, wenngleich ein Mindestmaß an Loyalitätsbereitschaft notwendig war, um diesen stets individuellen Schritt zu vollziehen. Dass es sich tatsächlich um einen solchen handelte, scheint relativ gesichert, jedenfalls ist eine Reihe von Fällen bekannt, in denen Diplomaten zum Parteibeitritt gedrängt wurden – kein einziger aber, in dem die Parteimitgliedschaft eines Diplomaten ohne dessen Wissen und Eintrittsaktivität zustande gekommen wäre.

Neurath hat gegen all diese Neuentwicklungen keine grundsätzlichen Einwände erhoben: Den Parteibeitritt hatte er seinen Diplomaten explizit freigestellt, ja indirekt sogar empfohlen; auch gegen die intensivere Berücksichtigung parteipolitischer Gesichtspunkte bei der Nachwuchsauswahl war er nicht vorgegangen, obgleich mit den vom und im nationalsozialistischen Staat geprägten Attachés, unter ihnen zahlreiche „alte Kämpfer“, die Gleichschaltung von unten voranschritt und nicht zuletzt als Kontrolle nach oben wirkte. Das zugrundeliegende Leitmotiv seiner Haltung war stets dasselbe: Die „Selbstgleichschaltung“ sollte eine Deprofessionalisierung des Dienstes verhindern, weil, so sein Kalkül, die Professionalität depolitisiert wirken würde. In diesem Sinne kam es ihm auf den Erhalt einer qualifizierten Beamtenschaft an, die, hervorgegangen aus formalisierten Qualifikationen und zusammengehalten durch berufsethische Normen, ein sachlich-verantwortliches Handeln gewährleisten sollte. Dass Neuraths Kalkül jedoch eine Fehlrechnung war, wird sich nirgendwo deutlicher als im Bereich der Quereinsteige erweisen: Zwar schien die Anpassungsbereitschaft durchaus zur Selbstbehauptung beizutragen – in Wirklichkeit indes begann die Unterhöhlung der Selbstbehauptung bereits mit der Anpassung, zumal immer mehr Quereinsteiger auf Schlüsselpositionen rückten und das professionelle zugunsten eines politisch-ideologischen Handelns veränderten.

Tatsächlich dauerte es nicht lange, bis das Scheitern von Neuraths Kalkül offenkundig wurde. Durch Hindenburgs Ableben im August 1934 hatte er längst die stützende Rücken- deckung verloren, als die „Nürnberger Gesetze“ vom September 1935 zu „deprofessionalisierenden“ Veränderungen führten. Obwohl das Auswärtige Amt am Zustandekommen

<sup>20</sup> Helms an AA, 20. 3. 1939, in: PA AA, Personalakten Fritz von Twardowski, Bd. 15665.

nicht unbeteiligt gewesen war und obschon die gesetzliche Entrechtung keinen prinzipiellen Protest des Ministers ausgelöst hatte, trat der qualitative Bruch im anhaltenden Wandel jetzt deutlich hervor. Nunmehr nämlich, konkret nach der „Ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz“, die im November erging, mussten alle Beamten zwangspensioniert werden, wenn sie als jüdisch galten. Zu ebenjenen Männern, die folglich nicht mehr durch die „Frontkämpferklausel“ geschützt waren, gehörten nun auch Spitzendiplomaten, etwa Richard Meyer, der bewährte Leiter der Ostabteilung, und Siegfried Hey, sein Stellvertreter; ferner auch Gerhard Köpke, der Leiter der Westabteilung. Allesamt waren sie Protestanten, hatten aber jüdische Vorfahren, und so blieben alle Versuche Neuraths, bei Hitler eine Ausnahmeregelung für die fachlich wie national zuverlässigen Diplomaten durchzusetzen, ohne Erfolg. Indes: Gerade der Versuch war nicht minder charakteristisch als sein Scheitern, zeigten beide Momente doch, was den traditionellen Segregationsantisemitismus eines Neurath vom rassischen „Erlösungsantisemitismus“ Hitlers unterschied. Noch immer allerdings dominierte die Zukunftsverheißung über solcherart Gegenwartsprobleme, jedenfalls bei Neurath, der im Sommer 1936 seinen Rücktritt anbot – weil ihm bezeichnenderweise die Personalpolitik, nicht etwa die Außen- oder Innenpolitik, nach diesem Schritt zu verlangen schien.

### Neurath vs. Ribbentrop

Nahezu unmittelbar mit der Berufung des Hitler-Kabinetts war in Joachim von Ribbentrop eine Konkurrenz erwachsen, die Neurath fortwährend beschäftigen sollte. Bereits im Frühjahr 1934 hatte er, im intriganten Zusammenwirken mit Hindenburg, die Ernennung Ribbentrops zum „Sonderbeauftragten“ erwirkt, um dessen Unterstellung unter das Außenministerium zu erlangen. Doch gegen das im System angelegte polykratische Prinzip war eine Kontrolle über die Sondermissionen Ribbentrops nicht zu erreichen gewesen; auch eine Auflösung jener „Dienststelle“ hatte Neurath nicht durchzusetzen vermocht, die Ribbentrop für seine Politikzwecke und als Personalrekrutierungsapparat unterhielt. Dass es sodann ausgerechnet der Außenminister war, der dem selbsternannten Außenpolitikexperten zum Karrieresprung verhalf, mag überraschend anmuten, entsprach aber der vielfältig angespannten Situation. Zunächst einmal meldete Ribbentrop bereits unumwunden seinen Anspruch auf den Staatssekretärsposten an, nachdem er im Abschluss des deutsch-britischen Flottenpakts einen eindrucksvollen Beweis seiner diplomatischen Fähigkeiten abgegeben zu haben meinte. Vor diesem Hintergrund begriff Neurath deshalb als Chance, was Ribbentrop als Gefahr erschien, nämlich die Übertragung eines verantwortlichen Postens, auf dem das Scheitern des als „Schädling an der deutschen Sache“<sup>21</sup> identifizierten Amateurs erwartet werden musste. Hinzu kamen schließlich noch drei Todesfälle, die ihrerseits einen Personalumbau im Sinne des NS-Regimes notwendig machten.

Köster war am Silvesterabend 1935, Hoesch im April 1936 und Bülow im Juni 1936 verstorben; ihre Posten mussten nunmehr im Zuge einer ohnehin geplanten Umstrukturierung neubesetzt werden, die sich wieder stärker an das Realsystem der Kaiserzeit anlehnte. Die Geschäfte des Staatssekretärs übernahm kommissarisch der vormalige Leiter der

<sup>21</sup> Tagebuchblätter Manny von Neurath, in: HStAS, Q 3/11 BÜ. 463.

Abteilung III, Hans Heinrich Dieckhoff, der schließlich, im März 1937, als Botschafter nach Washington wechselte. Den Posten in Paris erhielt Johannes Graf von Welzeck, der zuvor Botschafter in Madrid gewesen war. Mackensen und Wezsäcker wurden zum Staatssekretär bzw. zum Leiter der neu geschaffenen Politischen Abteilung berufen.

Auch die für die Personalpolitik kennzeichnendste Personalmaßnahme stand im Zeichen der Karrierediplomatie. Während, Merkmal der Kontinuität, in der Leitung der Berliner Rechts-, Wirtschafts-, Presse- und Kulturabteilung keine Änderung eintrat, wurde an der Spitze der Personalabteilung ein Berufsdiplomat durch einen anderen ersetzt, und zwar Werner von Grünau, der aus politischen Gründen aus dem Dienst gedrängt worden war, durch Curt von Prüfer. Bezeichnenderweise galt Prüfer sowohl für das Auswärtige Amt als auch für die Partei als Wunschkandidat für diesen Posten; bereits seit gemeinsamen Kriegstagen an der Botschaft in Konstantinopel besaß Prüfer die Hochachtung Neuraths – so wie ihm auch die Anerkennung von prominenten Nationalsozialisten zuteil wurde. Auf Basis dieser Übereinstimmung wurde Prüfer Ende April 1936 zum Personalchef im Auswärtigen Amt berufen, seit Januar 1937 mit Hans Schroeder als Stellvertreter an der Seite, der im April 1925 in die Mittlere Laufbahn des Auswärtigen Dienstes getreten war. Als Konsultssekretär an der deutschen Gesandtschaft in Kairo hatte Schroeder die Bekanntschaft mit Rudolf Heß gemacht, der schließlich den rasanten Aufstieg Schroeders protegierte. In beiden Fällen hatte sich die Bedeutung des parteipolitischen Elements gezeigt – das im Falle Schroeder sogar mit der Durchbrechung traditioneller Laufbahnprinzipien einherging. Und doch entsprach die Postenbesetzung immerhin noch insofern tradierten Prinzipien, als Prüfer und Schroeder gewissermaßen als Karrierebeamte zählten.

In dieser Perspektive markierte Ribbentrops Berufung zum Botschafter in London eine Ausnahme – weil Neurath, über das Loyalitätssignal hinaus, ein doppeltes Ziel verfolgte: Zum einen wollte er Ribbentrop auf dem wichtigsten Auslandsposten die Gelegenheit geben, „ihn sich blamieren zu lassen“<sup>22</sup>; zum anderen sollte Hitler dem Einfluss Ribbentrops entzogen werden. Mit dem ultimativen Druck der Rücktrittsdrohung verknüpft, hatte Neurath zugleich das Ende aller autonomen Aktivitäten Ribbentrops gefordert – und im Gegenzug die ermutigenden Zusicherungen Hitlers erhalten, die freilich von der Realität alsbald überholt wurden. Folglich schlug, aufs Ganze gesehen, Neuraths Versuch ins Gegenteil des kalkulierten Zieles um, weil sich Ribbentrop, der nur die Hälfte der Zeit in London verbrachte, nicht aus Hitlers Umgebung ausschließen ließ, dafür aber in vielfältiger Art und Weise von seinem neuen Posten profitierte – und parallel seine „Dienststelle“ weiter betrieb.

Neurath reagierte in gleicher, gleichwohl nicht bewährter Manier. Er trieb mittels Übernahme von Parteivertretern die Gleichschaltung voran, um, wie Ribbentrop von seinem engsten Mitarbeiter gewarnt wurde, der „Dienststelle“ einen sie marginalisierenden „bedeutenden Block“<sup>23</sup> gegenüberzustellen, bestehend aus Propagandaministerium, Auslandsorganisation, Außenpolitischem Amt, Braunem Haus und Auswärtigem Amt. Ein beträchtliches Stück auf diesem Weg wählte er sich vorangekommen, als Ernst Wilhelm Bohle, der Chef der NSDAP-Auslandsorganisation, im Januar 1937 mit dem Rang eines Staatssekretärs in das Auswärtige Amt einberufen wurde. Tatsächlich schien Neuraths Kalkül aufzugehen, im Arrangement mit Bohle das Kerngeschäft des Auswärtigen Amtes gegenüber Ribbentrop abzuschirmen; doch so wie Bohle die Parteivertreter zum diszipli-

<sup>22</sup> Franz von Papen, *Der Wahrheit eine Gasse*, München 1952, S. 423.

<sup>23</sup> Aufzeichnung von Likus, 9. 4. 1937, für Vortrag bei Ribbentrop, in: PA AA, R 27090.

nierten Einvernehmen mit den Reichsvertretern verpflichtete, nahm unter ihm der personalpolitische Einfluss der Partei immer weiter zu. So mussten bereits seit einem Erlass Hitlers vom September 1935 alle Vorschläge zur Beförderung von Diplomaten vom „Parteistellvertreter“ Rudolf Heß gebilligt werden; mit Bohles Ernennung nahm das Einspruchsrecht der Partei nun aber sogar die Form eines Mitauswahl- und Vorschlagsrechts an. Hinzu kamen die Angehörigen der „Auslandsorganisation“ (AO), die durch Bohles Protektion in das Auswärtige Amt überwechselten, im ersten Jahr seiner Tätigkeit etwa fünf Personen, die vornehmlich als Attaché oder Legationssekretär einberufen wurden. Zusammen mit jenen AO-Mitarbeitern, die konsularische Aufgaben im Auftrag des Auswärtigen Amts wahrnahmen, und jenen Berufsdiplomaten, die sich im Ausland der Auslandsorganisation zur Verfügung stellten, ist für etwa 30 Personen eine Verbindung zwischen Auslandsorganisation und Auswärtigem Amt nachweisbar.

Nicht minder wichtig war eine institutionell-personelle Verflechtung anderer Art. Seiner staatsdienstlichen Funktion entsprechend, wurde Bohle dem Außenminister persönlich und unmittelbar unterstellt; zugleich aber blieb er als Leiter der Auslandsorganisation der NSDAP gegenüber dem „Stellvertreter des Führers“ verantwortlich; und überdies stand er als Mitglied der SS – und zwar seit September 1936 als „Brigadeführer“ (dem Äquivalent zum Generalmajor) und ab April 1937 als „Gruppenführer“ (= Generalleutnant) – im besonderen Treueverhältnis zu Heinrich Himmler, dem „Reichsführer SS“. Diese Tendenz zur Etablierung verschiedener, sich durchkreuzender Verantwortlichkeiten nahm stetig zu, weil Himmler zielgerichtet an der Durchdringung des Amtes arbeitete, indem er die auf Schlüsselstellungen tätigen Diplomaten als (nebenamtliche) Mitglieder der SS zu gewinnen suchte. So wurde Neurath im September 1937 im Rang eines „Gruppenführers“ in die SS aufgenommen; eineinhalb Monate später folgte Mackensen im Rang eines „Oberführers“ (= Oberst/Generalmajor). Im Ganzen stieg, Indiz der zielstrebig und erfolgreichen Verflechtung, der Anteil von SS-Führern unter dem Diplomatenpersonal bis zum Ende der Neurath-Ära auf etwa zehn Prozent an. Circa 50 SS-Führer unter 500 Diplomaten wurden also von einer Viertelmillion SS-Mitgliedern unter etwa 69 Millionen Deutschen (< ein Prozent) ins Verhältnis gesetzt.

Bereits im Mai 1933 war Ribbentrop der SS beigetreten; im Juni 1935, dem Monat des Flottenpaktabschlusses, wurde er zum „Brigadeführer“, im September 1936, einen Monat nach der Ernennung zum Botschafter, zum „Gruppenführer“ befördert. Ganz offenkundig bestand also eine Koinzidenz zwischen den Höherstufungen in der SS und dem Aufstieg innerhalb der Außenpolitik – so wie, sich wechselseitig bedingend, ein Zusammenhang zwischen Ribbentrop und Himmler bestand. Ribbentrop nämlich, der erst im Mai 1932 der NSDAP beigetreten war, verfügte über keinerlei Machtbasis in der Partei, jedoch über zahlreiche Gegner, und so lag es im gegenseitigen Interesse, die Zusammenarbeit mit Himmler zu suchen, von der sich beide Seiten einen Machtgewinn versprachen.

## Die Monate bis zum Krieg

Vor dem Hintergrund dieser vielfältigen Entwicklungslinien wird deutlich, dass die Personalentwicklung des Auswärtigen Amtes ein dynamischer Prozess war, in dem nun auch der Wechsel im Ministeramt keinen plötzlichen Umbruch einleitete. Lediglich 28 Mitarbeiter aus Ribbentrops „Dienststelle“ vollzogen – sukzessive, d. h. über Monate verteilt – den Wechsel in das Auswärtige Amt, sodass gewissermaßen eine Kontinuität im anhaltenden

Wandel überwog. Tatsächlich blieben die Leitungsposten im Ausland nahezu ausnahmslos mit spezialisierten Berufsdiplomaten besetzt, auch und vor allem, da die nun anbrechende Expansionsphase nach jener Kontinuität diplomatischer Dienstleistungen verlangte, die Ribbentrops Mitarbeiter schlichtweg nicht erbringen konnten. Ihnen nämlich fehlte es zum weit überwiegenden Teil an allen notwendigen Fertigkeiten, um innerhalb von hochkomplexen Rahmenbedingungen eine ebenso elitestolze wie fachkundige Beamten-schaft anleiten zu können, was zur Folge hatte, dass das Auswärtige Amt mit einer Spitzen-diplomatie in den Krieg eintrat, die zum Großteil aus dem Personal der vornationalsozia-listischen Zeit stammte.

Konkret: Nur an der Spitze von acht der 33 Botschaften und Gesandtschaften I. Klasse wurden Wechsel vorgenommen, und zwar inklusive der Missionen in Wien und Prag, deren Auflösung ein Ergebnis der Expansionspolitik war; ein anderes Ergebnis bestand in der Aufstockung des Personalbestandes auf nachgeordneten Ebenen, die auch durch die Übernahme von Bediensteten des ehemaligen österreichischen und tschechoslowakischen Außenministeriums bewerkstelligt wurde. Im Ganzen vergrößerte Ribbentrop den Gesamtbestand des höheren Dienstes, eine bereits unter Neurath etablierte Tendenz beschleunigend, immer weiter: Nach knapp 450 Personen im Jahr 1933 und circa 500 Personen im Jahr 1935 stieg der Bestand im Jahr 1939 auf fast 600 Personen an und sollte 1943 noch die Marke von 700 Personen übersteigen.

Wichtiger als der Ausbau in der Breite bzw. der Umbau in der Ferne nahm sich freilich die Veränderung an der Spitze bzw. auf Schlüsselposten der Zentrale aus. Abermals kamen vor allem wieder Berufsbeamte zum Zuge: Nur drei Spitzenvertreter vom Jahreswechsel 1937/38, unter ihnen die Ribbentrop-Gegner Neurath und Hassell, standen im September 1939 nicht mehr im Auswärtigen Dienst; neu in die auf etwa 60 Personen anwachsende Spitzengruppe stiegen zehn Männer auf, darunter lediglich zwei, die nicht bereits 1937/38 zum Personalbestand des Auswärtigen Dienstes gezählt hatten. In dieser Perspektive überwogen, auf die Spitzengruppe des Amts im Übergang von Neurath zu Ribbentrop bezogen, die Kontinuitätselemente, gleichviel, welche Motive im Einzelfall den Ausschlag für das Weitermachen gaben: eine politische Nähe oder ein fatalistischer Zweckoptimismus, die traditionelle Beamtenmentalität oder der schiere Alternativlosigkeitsglaube.

Konkret: An die Stelle von Mackensen, der als Botschafter nach Rom entsandt wurde, trat nunmehr Weizsäcker, der zum höchsten Beamten avancierte; seinen Posten als Leiter der Politischen Abteilung erhielt der seit 1919 zum Amt gehörende Ernst Woermann, der zuletzt Ribbentrops Vertreter in London gewesen war. Parallel zu diesem Aufstieg der Berufsbeamten erfolgte der Einstieg eines „Außenseiters“: Wilhelm Keppler, ein Industrieller ohne jede diplomatische Erfahrung, wurde nicht zuletzt deshalb als Staatssekretär einberufen, um den Wirtschaftsbeauftragten der Partei in die Finanzverwaltung des Reiches einzubauen. Mit dieser Ernennung stand formal ein dritter Staatssekretär im Dienst des Auswärtigen Amts, wenngleich Bohle, eingedenk der Vorgeschichte wenig überraschend, von Ribbentrop zunächst entmachtet und 1941, nach Heß' Englandflug, aus dem Amt gedrängt wurde.

Auch unterhalb dieser höchsten Ebene setzte der Übergang von Neurath zu Ribbentrop einige Veränderungen in Gang. Ohne Wechsel an der Spitze führte etwa die Wirtschafts- oder die Rechtsabteilung ihre Arbeit fort; ein Wechsel, der vielfach aufschlussreich war, trat hingegen im „Deutschlandreferat“ ein. Weichen musste Bülow-Schwante, indes nicht etwa wegen eines dysfunktionalen Verhaltens, sondern nach einem – nicht

selbst verschuldeten – protokollarischen Fauxpas, der sich im Mai 1938 während eines Staatsbesuches in Italien ereignet hatte.<sup>24</sup> Und so bezeichnend sich die Gründe für den Wechsel ausnehmen, so charakteristisch stellen sich auch dessen Folgen dar: Für Bülow-Schwante, der als Missionschef nach Brüssel entsandt wurde, rückte Hinrichs nach; ab September 1939 trat sodann Schumburg die Leitung des Referats an, in dem er als „Judenreferent“ tätig war. Zuvor bereits, Ende 1938, hatte der aus Ribbentrops „Dienststelle“ einberufene Martin Luther die Leitung des neu geschaffenen „Sonderreferats Partei“ übernommen. Im Ganzen also zeigte die Nachfolgeregelung im „Deutschland-Referat“, bei der ein Berufsbeamter und ein Quereinsteiger zum Zuge gekommen waren, welcher Faktor entscheidend ins Gewicht fiel: das Vertrauen Ribbentrops.

In besonderer Weise muss dieser Bedingungs Zusammenhang auch bei der Neubesetzung der Protokollabteilung gegolten haben. Zum Nachfolger Bülow-Schwantes, der das Protokoll in Personalunion geleitet hatte, wurde mit Alexander Freiherr von Dörnberg zu Hausen ein Berufsdiplomate berufen, der seit gemeinsamen Londoner Zeiten zu den Duzfreunden des neuen Ministers zählte. Als dessen Protegé absolvierte Dörnberg in rascher Folge einen Aufstieg in die Abteilungsleiter Ebene, bei dem der Karrierediplomate sogar eine Besoldungsstufe übersprang. Wie Dörnberg muss schließlich auch der im fernen Shanghai tätige Kriebel zum Kreis der Vertrauensmänner Ribbentrops gezählt haben; er nämlich löste – im Februar 1941 sodann von Schroeder beerbt – nunmehr Curt Prüfer ab, der als Botschafter nach Rio de Janeiro geschickt wurde.

Die gezielte Richtung der nun vom „alten Kämpfer“ Kriebel organisierten Personalpolitik wurde explizit benannt: Es ging, wie Ribbentrops Vorgabe lautete, um die Herausbildung eines „neuen Diplomatentyps“, den „klare nationalsozialistische Grundsätze“ leiten müssten. Im „Dritten Reich“ sollte, so der Wortlaut einer kurz nach Ribbentrops Amtsantritt gefertigten Denkschrift, die Diplomatenkarriere „nicht mehr das Vorrecht einer kleinen, wirtschaftlich besser gestellten Oberschicht im Volke sein, bei der es weniger auf Können als auf Namen und Vermögen ankam, sondern *jeder* deutsche Volksgenosse soll[te] die Möglichkeit haben, seine Befähigung zur diplomatischen Laufbahn durch Leistung und Charakter nachzuweisen“. Dem ideologischen Konzept entsprechend, wurden als künftige Attachés vor allem die Absolventen von NS-Ordensburgen, SS-Führerschulen und Nationalpolitischen Erziehungsanstalten in Aussicht genommen; gleichermaßen prinzipiengetreu wurde die Diplomatenausbildung, die einen Schwerpunkt auf die „Erhaltung der körperlichen Elastizität“ durch „Reiten, Fechten, Schwimmen, Schießen“ zu legen habe, an die Ausbildung zum Soldaten angelehnt. In einem „Nachwuchshaus“, für das im Dezember 1939 das Richtfest gefeiert wurde, gelte es den Nachwuchs, so die Planung, zu dem „rein militärischen Grundsatz“ zu erziehen, dass

---

<sup>24</sup> Hitler hatte die Front einer NS-Formation der deutschen Kolonie in Abendgarderobe abschreiten müssen, da der Zeitplan von einem sich hinziehenden Staatsbankett durcheinandergebracht worden war, und in dieser Szenerie ein „unerhört komisches Bild“ abgegeben, wie sich sein Adjutant erinnerte: Den „Arm steif ausgestreckt zum Gruß, die Linke gegen die Frackweste gepreßt, wo er sie sonst am Koppelschloß mit dem Daumen einhängte“, habe der „Führer und Reichskanzler [...] wie ein wildgewordener Oberkellner“ ausgesehen und anschließend „vor verhaltener Wut“ gekocht. Fritz Wiedemann, Der Mann, der Feldherr werden wollte. Erlebnisse und Erfahrungen des Vorgesetzten Hitlers im 1. Weltkrieg und seines späteren Persönlichen Adjutanten, Velbert/Kettwig 1964, S. 142. Vgl. Erich Kordt, Nicht aus den Akten ... Die Wilhelmstraße in Frieden und Krieg. Erlebnisse, Begegnungen und Eindrücke 1928-1945, Stuttgart 1950, S. 218. Vgl. auch: Aufzeichnung von Weizsäcker vom 11. 5. 1938, in: BArch, NL Weizsäcker, Bd. 43.

„Unterlassen und Versäumnis ihn schwerer belasten als ein Fehlgreifen in der Wahl der Mittel“<sup>25</sup>.

Kriegsbedingt wurden diese Planungen zwar nicht mehr Wirklichkeit – aber auch ohne diese ideologisch-militärische „Grundausbildung“ nahm die „Nazifizierung“ des Auswärtigen Dienstes auf mehrschichtige Art und Weise immer weiter zu. Konkret: Sowohl Neurath als auch Ribbentrop waren Mitglied in NSDAP und SS; und doch konnten sie diese Rollen kaum unterschiedlicher auslegen: Ribbentrop hatte relativ frühen und engen Anschluss gesucht; Neuraths Mitgliedschaften waren hingegen relativ spät eingeleitet worden (und zwar im Zusammenhang mit der Verleihung des Goldenen Parteiabzeichens an alle Kabinettsmitglieder bzw. anlässlich von Mussolinis Deutschlandbesuch) – überdies glaubte Neurath, diese formalen Mitgliedschaften nur als demonstratives Loyalitätssignal ohne konkret-praktische Bedeutung werten zu müssen. Anders stellte sich die Sachlage auf Staatssekretärebene dar: Mackensen war aus Überzeugung bereits 1934 der Partei und SS beigetreten; Weizsäcker glaubte 1938, dass er die ihm im Rahmen seiner Ernennung angetragenen Mitgliedschaften weder ausschlagen könne noch in ihrer Bedeutung allzu hoch gewichten müsse. Die Abteilungsleiterebene zeigte die offenkundigsten Veränderungen: Selbst am Ende der Neurath-Ära waren unter den sieben Abteilungsleitern noch immer keine SS-Führer und nur drei NSDAP-Mitglieder vertreten gewesen; danach jedoch, bis zur Umstrukturierung vom Frühjahr 1943, stieg die Anzahl auf neun NSDAP- und sechs SS-Mitglieder innerhalb der auf zehn Abteilungsleiter angewachsenen Gruppe an, wobei acht von ihnen bereits vor dem Ministerwechsel zum Diplomatenpersonal gehörten – darunter auch die Staatssekretäre Mackensen und Weizsäcker.

In dieser Perspektive wird somit die Vielschichtigkeit der Personalentwicklung von 1938/39 deutlich, die einerseits das hohe Maß an personeller Kontinuität, andererseits aber auch die komplexen Umbrüche zeigt. *Erstens*: Es waren Berufsdiplomaten, die auch im Übergang von Neurath zu Ribbentrop einen Großteil der Auslandsposten besetzt hielten und die sogar noch steile Karrieren machen konnten, sofern ihre politische Loyalität außer Zweifel stand – weil ohne ihren Beitrag die technokratische Effizienz des Apparats gar nicht sicherzustellen gewesen wäre. Doch mit Männern wie Woermann reüssierte *zweitens* der Typus des willfähigen bis systemkonformen Aufsteigers, der den von Bülow verkörperten Typus des pflichttreuen Fachmannes allmählich verdrängte und der, im Bedingungsrahmen des Gleichschaltungsdrucks, den bereits 1933 begonnenen Prozess der Selbstgleichschaltung forcierte. *Drittens*: Ihren wohl prägnantesten Ausdruck gewann diese Entwicklung, die von ideologisch fundierter Selbstanpassung und von – zum Teil vauseilender – Kooperation geprägt gewesen war, im Anstieg der Eintritte in die NSDAP und ihre Gliederungen. In diesem Sinne offenbart auch der Wechsel des Staatssekretärs die immer stärkere (Selbst-)Gleichschaltung des Amtes in paradox-plausibler Weise, wenn die Ernennung des als linientreu bekannten Mackensen eher als ein Signal an die Partei und die Ernennung des als nationalkonservativ geltenden Weizsäcker eher als ein Signal an die – Konservativen innerhalb der – Diplomatie gedeutet werden. *Viertens*: Zu diesem vom Altpersonal eingeleiteten, sodann auch von ihm gestalteten Umbruch war eine parallel einsetzende, freilich erst verzögert wirksam werdende Durchsetzung mit Exponenten der am Ideal vom „Führerstaat“ orientierten Karrieristen getreten. Männer wie Kriebel oder Luther durchdrangen, ja kontrollierten und bestimmten nach dem Ministerwechsel mehr

<sup>25</sup> Aufzeichnung „Zweck und Ziel des Nachwuchshauses junger deutscher Diplomaten“, o. D. [14. 2. 1938], in: PA AA, R 27188.



und mehr den Auswärtigen Dienst, indem sie sukzessive auf entscheidende Schlüsselpositionen aufstiegen oder auf solche berufen wurden. Auf dieser Basis stieg ihr Einfluss immer weiter, bis schließlich alle Elemente der Tradition (Personal, Rechts- und Verfahrensnormen etc.) in den Dienst jener revolutionären Ideologie gestellt wurden, die auf Hitlers Utopie rassenbiologischer Weltherrschaft hinauslief.

## Die Kriegsjahre

Im Krieg verloren die klassische Diplomatie an Wert und die Diplomaten ihr eigentliches Betätigungsfeld. Bereits im Zuge der Expansion des Reiches hatten die Missionen in Wien und Prag ihren Sinn als Auslandsvertretung eingebüßt; mit dem Krieg bzw. dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen endete sodann die Tätigkeit der Botschaften in London, Paris und Warschau. In der Folgezeit schlossen dann weitere Auslandsvertretungen – bis Ende 1944 waren es summa summarum 22 Botschaften bzw. Gesandtschaften, die nicht mehr bestanden. Das Personal des Auswärtigen Amtes indes nahm auch während des Krieges zunächst noch zu, da der Verlust an klassischen Tätigkeitsfeldern vom Ausbau solcher Aktionsbereiche kompensiert wurde, die – wie die Propagandatätigkeit oder die Besatzungsverwaltung – einen starken Kriegsbezug aufwiesen. So übernahm Anfang Oktober 1939, knapp einen Monat nach Kriegsbeginn, der Karrierediplomat Karl Ritter die Leitung aller mit dem Wirtschaftskrieg zusammenhängenden Aufgaben des Auswärtigen Amtes. Bereits im August 1939 war ein Referat „Rundfunk“ innerhalb der Kulturpolitischen Abteilung eingerichtet worden, das im Juli 1941 zur Rundfunk- und im Februar 1942 zur Rundfunkpolitischen Abteilung um- und ausgebaut wurde. Referats- und zugleich stellvertretender Abteilungsleiter wurde Gerhard Rühle, der 1923 zur NSDAP gefunden und für die Partei verschiedene Funktionen wahrgenommen hatte. Obwohl er erst im Februar 1939 ins Auswärtige Amt einberufen worden war, gehörte der bis zum „SS-Standartenführer“ (= Oberst) beförderte Rühle bereits im Juli 1941 (mit seiner Beförderung zum Gesandten I. Klasse als Ministerialdirigent) zum Kreis der Spitzendiplomaten im Auswärtigen Amt. Als solcher zeichnete er bis zum Kriegsende verantwortlich für eine auf Überwachung und Beeinflussung des ausländischen Rundfunks abzielende Kriegspropaganda, die Ribbentrop – letztlich vergeblich – als wirkungsvolles Instrument psychologischer Kriegführung einsetzen wollte.

„Außensteiter“ und Karrierist wie Rühle war auch Luther, der aus organisatorischen Umstrukturierungen einen persönlichen Machtzuwachs zog. So wurden im Mai 1940 die Referate „Deutschland“ und „Partei“ unter seiner Leitung zur Abteilung „Deutschland“ vereinigt; Luther selbst, der auch weiterhin die Spitze des Verbindungsreferats zur Partei behielt, avancierte vom Legationsrat I. Klasse (9/1938) bzw. Vortragenden Legationsrat (4/1939) zum Gesandten I. Klasse als Ministerialdirigent (7/1940) und schließlich zum Ministerialdirektor mit der Amtsbezeichnung Unterstaatssekretär (7/1941). Rangmäßig war Luther somit bis auf eine Ebene unter die Staatssekretäre emporgerückt; faktisch aber baute er sich darüber hinaus als Kontaktmann zu allen Parteigliederungen, insbesondere zur SS und zum SD, im Auswärtigen Amt „eine machtvolle Stellung“ auf, „deren Einfluss die traditionellen Befugnisse des Staatssekretärs sukzessive aushöhlte und schließlich übertraf“<sup>26</sup>.

<sup>26</sup> Hans-Jürgen Döscher, Martin Luther – Aufstieg und Fall eines Unterstaatssekretärs, in: Roland Smelser (Hrsg.), Die braune Elite 2, Darmstadt 1993, S. 179–192, hier S. 179.

Anfang 1943 wandte sich der Protegé Ribbentrops sodann gegen seinen Protektor. Zwischenzeitlich zum SA-Brigadeführer aufgestiegen, versuchte Luther, die SS für ein Komplott gegen den Außenminister zu gewinnen. Mit dem Scheitern dieses Versuches und Luthers Verhaftung endete schließlich eine der nationalsozialistischen Blitzkarrieren im Auswärtigen Dienst, den Ribbentrop einer umfassenden Veränderung unterzog: Die Abteilung „Deutschland“ wurde im April 1943 in die Gruppen Inland I und Inland II aufgeteilt, deren Leitung Ribbentrop zwei Seiteneinsteigern übertrug: Ernst Frenzel, einem aus der Obersten SA-Führung in die „Wilhelmstraße“ kommandierten „Brigadeführer“, und Horst Wagner, einem SS-Standartenführer, der bereits im September 1938 aus der „Dienststelle Ribbentrop“ in den Persönlichen Stab des Reichsaußenministers übernommen worden war.

Auch etliche Spitzenposten im Ausland wurden im Zuge dieses umfangreichsten Umbaus der NS-Zeit umbesetzt, darunter vier der acht Botschafterposten, die das Reich noch im Ausland unterhielt. Direkt im Rang eines Botschafters in den Dienst einberufen worden war Heinrich Georg Stahmer, ein ehemaliger Referent der „Dienststelle“, den Ribbentrop zunächst als Botschafter in China ernannt hatte und nun als Botschafter nach Japan schickte. Stahmers Ernennung markierte jedoch insofern eine Ausnahme, als er der einzige Alt-Parteigenosse unter den im Ausland tätigen Botschaftern war; zusammen mit Otto Abetz stellte Stahmer überdies die Minderheit der erst unter Ribbentrop berufenen „Auslands-Botschafter“ – alle anderen waren, mit Ausnahme Papens (inzwischen in Ankara), bereits zu Zeiten der Weimarer Republik bzw. des Kaiserreiches in den Auswärtigen Dienst eingetreten. Neuer Botschafter beim Vatikan etwa wurde, auf eigenen Wunsch, Staatssekretär Weizsäcker, dem Gustav Adolf Steengracht von Moyland nachfolgte, ein „SA-Oberführer“, der erst im Oktober 1938 den Wechsel von der „Dienststelle Ribbentrop“ in das Auswärtige Amt vollzogen hatte. Mit einem Alter von 40 Jahren war er, als er im März 1943 ernannt wurde, der zum Zeitpunkt seiner Berufung jüngste Staatssekretär in der Amtsgeschichte des Reiches – und überdies innerhalb von nur viereinhalb Jahren vom Legationssekretär zum Staatssekretär, also von der untersten zur höchsten Stufe im höheren Dienst, aufgestiegen.

Allein diese Beispiele zeigen, was Ribbentrops Personalpolitik in der Kriegsmitte charakterisierte: Klassische Normen und tradierte Gepflogenheiten wurden zunehmend ergänzt und verdrängt durch unregelmäßige, rein machttaktisch begründete Maßnahmen. Im Grunde hatte bereits mit dem Seiteneinstieg von Bülow-Schwante oder Waldeck und Pyrmont eine Entwicklung begonnen, die mit Ribbentrop oder Bohle ihre Fortsetzung fand und die schließlich – wie Luther, Rühle oder Steengracht exemplifizieren – jeden Ausnahmecharakter verlor. Tatsächlich gab es eine ganze Reihe von Neu-Diplomaten, die ebendiese Tendenz repräsentierten, Walther Hewel und Otto Abetz etwa, die beide in Ribbentrops „Dienststelle“ beschäftigt gewesen waren – Hewel, Teilnehmer des Hitler-Putsches von 1923, als Referent für England und Abetz, der mit einer Französin verheiratet war, als Frankreich-Referent. Noch weniger als Luther oder Steengracht absolvierten Hewel und Abetz eine Karriere im eigentlichen Sinne: Hewel trat im Juni 1938 als Legationsrat I. Klasse in den Auswärtigen Dienst, in dem er hauptsächlich als ständiger Verbindungsmann zu Hitler fungierte, zuletzt im Rang eines Botschafters zur besonderen Verwendung; Abetz wurde im April 1940 mit der Amtsbezeichnung Gesandter einberufen und kurze Zeit später zum Gesandten beim Bevollmächtigten des Auswärtigen Amtes beim Militärbefehlshaber in Paris bzw. zum Botschafter in Paris ernannt. Gemeinsam war beiden die Mitgliedschaft in der SS, in deren Hierarchie sie in rascher Folge aufstiegen – beide bis 1942 in den Rang eines „Brigadeführers“.

Gemeinsamkeiten gab es weitere. Über die klassische Ausbildung im Auswärtigen Dienst mit einem diplomatisch-konsularischen Examen verfügten sie allesamt nicht: weder Frenzel noch Wagner, weder Steengracht noch Abetz oder Hewel. Entscheidend fiel bei Personalentscheidungen wohl ins Gewicht, wem Ribbentrop sein – häufig auf eine Zusammenarbeit in der „Dienststelle“ gegründetes – Vertrauen entgegenbrachte, und wer, zumal nach Luthers Komplott, keine persönlichen Machtaspirationen gegen den Minister zu hegen schien. Im Sinne dieses Kalküls, so hat es den Anschein, war Ribbentrops Personalpolitik von auffälliger Zweiseitigkeit geprägt: Nach Luther rückten mit Steengracht und Frenzel zwei weitere SA-Führer auf hohe Positionen im Auswärtigen Dienst; hinzu kamen fünf SA-Generäle, die als Gesandte I. Klasse in südosteuropäische Staaten, konkret nach Pressburg/Bratislava, Budapest, Sofia, Agram/Zagreb und Bukarest geschickt wurden. Ob dieser Auffälligkeit eine Bedeutsamkeit zukommt, ob also Ribbentrop gezielt eine gleichgewichtete Hereinnahme von SA- und SS-Männern oder vielleicht sogar ein Gegengewicht gegen den Einfluss der SS zu errichten anstrebte, muss offen bzw. weiteren Forschungen vorbehalten bleiben.

Sicher indes ist eine Zweiseitigkeit anderer Art, die den Personalumbau von 1943 prägte. Neben dem Staatssekretär wurden drei der fünf Abteilungsleiterposten umbesetzt: Auf dem obersten Beamtenposten war dem Karrierediplomaten Weizsäcker der Karrierist Steengracht gefolgt; auch auf dem Leitungsposten der Kulturpolitischen Abteilung hatte ein Seiteneinsteiger die Führung übernommen: Franz Alfred Six nämlich, ein habilitierter Zeitungswissenschaftler, der seit 1940 als Professor sowie als Direktor der Auslandswissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin tätig gewesen war. Doch mehr als der wissenschaftliche gab wohl der politische Hintergrund den Ausschlag für die Einberufung von Six, der seit 1930 der NSDAP angehörte und der in ihren Gliederungen direkt an der nationalsozialistischen Verbrechenspraxis mitgewirkt hatte: Im April 1935 der SS beigetreten, zuvor Mitglied der SA, war Six u. a. als Leiter der Hauptstelle Presse und Schrifttum im SD-Hauptamt, als Amtschef im Reichssicherheitshauptamt sowie als Kommandeur des „Vorkommandos Moskau“ der Einsatzgruppe B tätig geworden.

Zu diesen Beförderungen von Seiteneinsteigern kamen Beförderungen von Karrierediplomaten, mit denen alle anderen Abteilungsleiterposten neu besetzt wurden, also die Politische, die Handelspolitische sowie die Rechtsabteilung. Dieser zweiseitigen Beteiligung von Seiteneinsteigern und Karrierediplomaten unterlag indes ein inneres Ordnungsprinzip, jedenfalls wurden auf jenen Posten, die für die nationalsozialistische Kriegführung zentral waren (so etwa der Staatssekretärsposten, die Leitungsposten „Inland“ oder die mit Propaganda beschäftigten Arbeitseinheitsposten) nur Männer verwendet, die eine politisch motivierte Seiteneinsteigervergangenheit aufwiesen und die im Durchschnitt nach dem Jahr 1900 geboren worden waren; demgegenüber blieben die diplomatischen Kernbereiche, nämlich die Politische Abteilung, die Rechtsabteilung oder die Missionsposten, noch immer zumeist mit Laufbahnbeamten besetzt, die im Durchschnitt vor dem Jahr 1900 geboren worden, also älter waren.

Mehr noch: Auch 1943 stellten die vor 1933 in den Auswärtigen Dienst eingetretenen Karrierebeamten nach wie vor die Hälfte der regulären Beamten des höheren Dienstes; in der Zentrale waren sie sogar bis hinunter auf die Ebene der Legationsräte I. Klasse in der Überzahl (Ausnahme: Staatssekretärs Ebene); im Ausland bis hinunter zur Ebene der Konsuln I. Klasse. Erst auf den von jüngeren Beamten frequentierten unteren Hierarchiestufen sank der Anteil dieser Karrierebeamten stark ab – während

sie auf den höheren Rängen der Auslandsmissionen eine zum Teil übergroße Mehrheit stellten<sup>27</sup>.

Im System dieser Binnendifferenzierung also zeigt sich, grosso modo, eine Dominanz von Karrierebeamten mit aufsteigender Hierarchiestufe – was im Grunde auf eine durchgreifende Besetzung von Schlüsselstellungen und Schlüsselbereichen mit Seiteneinsteigern verweist. In der Tat rückten die Seiteneinsteiger nicht allein auf Leitungsposten, sondern auch in Konzentrationsbereiche der Verbrechenmitwirkung auf. Faktisch hatte bereits ein Großteil der wichtigsten Mitarbeiter Luthers aus jüngeren Seiteneinsteigern bestanden, die zudem als „Alte Kämpfer“ zählten; unter Wagner waren – mit einer Ausnahme – sämtliche Referenten erst nach dem 30. Januar 1933 in den Auswärtigen Dienst gekommen. Überdies wurden in etlichen Fällen, die von obiger Auflistung nicht erfasst sind, die Seiteneinsteiger nur als Wissenschaftliche Hilfsarbeiter – also als Angestellte, nicht als Beamte – in den Auswärtigen Dienst integriert. Effektiv gehörten allein 12 von 18 Referatsleitern in der Rundfunkpolitischen Abteilung Rühles zur Angestelltenkategorie; in der Kulturpolitischen Abteilung unter Six waren es neun Referats- sowie ein Gruppen- und ein stellvertretender Gruppenleiter. Im Ganzen stellten die (nichtbeamteten) Angestellten bereits Mitte 1942 mindestens ein Viertel des gesamten Personals im höheren Dienst<sup>28</sup>.

Parallel zu den Leitungsposten wurde also auch eine Vielzahl von Referentenposten mit solchen Seiteneinsteigern besetzt, die ein Funktionieren des Auswärtigen Amts im Sinne der verbrecherischen Regime- und Systemlogik sicherstellten. So war Rudolf Likus, ein Schulkamerad von Ribbentrop, bereits im November 1935 für dessen „Dienststelle“ als Verbindungsführer der „Dienststelle“ zum „SS-Hauptamt“ sowie zum „Reichsführer-SS“ tätig geworden. Dieser bedeutsamen Funktion entsprechend, wurde Likus, der 1933 in die SS eingetreten war, allein im Jahr 1936 fünf Mal befördert. Im März 1939, kurz vor der Beförderung zum „SS-Oberführer“, folgte die Einberufung in den Auswärtigen Dienst, in dem Likus, zum Legationsrat I. Klasse ernannt, die Leitung des zur „Deutschland-Abteilung“ gehörenden Referats D II übertragen wurde. Als stellvertretender Leiter dieses Referats, das für alle Verbindungen zu den Dienststellen des „Reichsführers-SS“ zuständig war, amtierte Werner Picot, der 1931 zur NSDAP und 1932 zur SA gestoßen, sodann 1935 zur SS übergewechselt und im selben Jahr in den Auswärtigen Dienst eingetreten war. Mit Likus leitete also ein Seiteneinsteiger das Referat, in dem ein regimenaher, bereits unter Neurath in den Dienst eingetretener Karrierediplomat die zweite Position bekleidete – und dasselbe galt auch für den Referatsmitarbeiter Rolf Pusch, der 1931 in die NSDAP, 1932 in die SA und 1936 in den Auswärtigen Dienst eingetreten war, in dem er 1938 die letzte diplomatisch-konsularische Prüfung absolviert hatte.

Unter anderen Vorzeichen stellte sich die Situation im Parallelreferat D III dar, dem die „Bearbeitung“ der „Judenfrage“ oblag. Mit Rademacher, der im Mai 1940 die Referatslei-

<sup>27</sup> Botschafter: 75% (6/8), Gesandte I. Klasse: 58% (14/24), Generalkonsuln I. Klasse: 89% (16/18), Gesandte und Botschaftsräte: 100% (12/12; 13/13), Generalkonsuln: 79% (22/28), Gesandtschaftsräte I. Klasse: 74% (25/34), Konsuln I. Klasse: 93% (42/45), Gesandtschaftsräte: 27% (12/45), Konsuln: 67% (35/52), Legationssekretäre und Vizekonsuln: 8% (10/123). Zentrale: Staatssekretäre: 10% (2/2), Botschafter zur besonderen Verwendung: 75% (3/4), Ministerialdirektoren: 50% (2/4), Gesandte I. Klasse als Ministerialdirigenten: 71% (10/14), Vortragende Legationsräte: 89% (17/19), Legationsräte I. Klasse: 59% (26/44), Legationsräte: 28% (13/46). Vgl. die Stellenbesetzungsliste vom 1. 5. 1943, in: PA AA, R 143407.

<sup>28</sup> Vgl. Eckart Conze u. a., *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik*, München 2010, S. 143f., 146, 148f. bzw. 153.

tung übernommen hatte, stand ein Mann an der Spitze, der erst im Juli 1932 der SA und im März 1933 der NSDAP beigetreten war. Auch die Mehrzahl der Mitarbeiter, die unter ihm im „Judenreferat“ tätig wurden, hatte spät den formalen Anschluss an den Nationalsozialismus vollzogen: Fritz Gebhardt von Hahn (Jahrgang 1911, seit 1937 im Auswärtigen Dienst) war 1933 in die NSDAP und SA eingetreten; Kurt Otto Klingenuß (Jahrgang 1901, seit 1937 im Auswärtigen Dienst) gehörte seit 1933 zur NSDAP; auch Herbert Müller (Jahrgang 1910, seit 1938 im Auswärtigen Dienst) hatte den Beitritt zur NSDAP 1933 vollzogen; Gerhard Todenhöfer hingegen (Jahrgang 1913, seit 1940/41 im Auswärtigen Dienst) war bereits 1927 der „Hitlerjugend“, 1939 der SA und 1930 der NSDAP beigetreten.

Kurzum: Auch in den Konzentrationsbereichen der Verbrechenmitwirkung zeigte sich die Verflechtung verschiedener Entwicklungslinien. Rademacher war bereits in der Neurath-Ära in den Auswärtigen Dienst eingetreten, Likus hingegen nicht; auch Hahn, Klingenuß und Müller gehörten wie Picot und Pusch zu dem von Ribbentrop übernommenen Personal, andere, Luther und Wagner etwa, wurden erst nach dem Ministerwechsel in den Auswärtigen Dienst einberufen. Luther und Wagner standen zudem für jene Männer, die – wie Likus – ihre Karrieren in Ribbentrops „Dienststelle“ begonnen hatten, während Hahn und Klingenuß aus Bohles „Auslandsorganisation“ hervorgingen. Einige der in der Abteilung „Deutschland“ bzw. „Inland“ tätigen Männer waren vor, andere nach 1933 der NSDAP und ihren Gliederungen beigetreten; manche bekleideten hohe Ränge in der SA, manche in der SS. Ein Teil der Posten war im Rahmen gezielter Personalmaßnahmen besetzt worden, ein anderer im Zuge routinemäßiger Personalveränderungen; in dieser Perspektive standen etwa die Ideologen wie Luther und Wagner den Technokraten wie Klingenuß und Müller gegenüber, die nach einiger Zeit auf ihren Posten sogar um ihre Versetzung baten.

Alles in allem: Den „Schlag gegen das alte Beamtentum“, den Hassell im Jahr 1943 geführt wähnte, brachte das letzte Revirement in der Amtsgeschichte des Reiches nur bedingt. „Alte“ Beamte blieben nämlich – insbesondere auf Auslandsposten – noch immer im Amt; vor allem aber bestand im Jahr 1943 schon längst keine homogene „alte“ Beamtenschaft mehr, die als intakte, moralisch integere Honoratiorengruppe aus dem Dienst zu entlassen gewesen wäre. Selbst ein Großteil der einstigen Spitzendiplomaten hatte auch dann noch dem Regime gedient, als der verbrecherische Charakter des Systems ebenso klar hervorgetreten war wie der Irrtum, auf dessen Beeinflussbarkeit rechnen zu können. Und so wies die Tatsache, dass unter den „alten“ Beamten sowohl überzeugte Regimeanhänger als auch überzeugte Widerstandskämpfer waren, ebenso auf eine Divergenz hin wie die Tatsache, dass Widerstandskämpfer wie Hassell nicht etwa von Beginn des „Dritten Reiches“ an Gegner des Nationalsozialismus gewesen waren. Zur Mitte des Krieges hatten komplexe Vorgänge sodann eine gänzlich fraktionierte Belegschaft im Auswärtigen Amt etabliert, die sich abhängig von Herkunft und Zielsetzung, Selbstverständnis und Aufgabenbereich in verschiedenste, keineswegs formal bestehende „Gruppen“ ausdifferenzierte. Miteinander konkurrierend und einander überschneidend, bestanden Diplomatengruppen neben- und gegeneinander, die letztlich nur eines noch verband: der Gedanke, dass keine Beamtenschaft mehr existierte, die sich selbst als homogen begriff.

